

antwortung unseres Landes gegenüber den östlichen Nachbarn, mit denen uns eine lange gemeinsame Geschichte verbindet, Rechnung tragen müssen - ganz genauso wie der Verantwortung gegenüber ehemals Verfolgten des Naziregimes. Ich denke, diese Aussagen sind in der Regierungserklärung und auch in der Rede unserer Präsidentin sehr deutlich zum Ausdruck gebracht worden, und die Regierung sollte sich auch daran halten. Das muß mit einer Rolle spielen bei den Verhandlungen über neue ausländerrechtliche Regelungen.

Der Beitritt zur Genfer Flüchtlingskonvention war schon lange eine Forderung. Er ist vorbereitet worden und wird dem Ministerrat in der nächsten Woche zur Entscheidung vorgelegt. Ich denke, es wäre gut, wenn Sie, meine verehrten Damen und Herren Abgeordnete, diesen Beitritt mit unterstützen würden.

Das hat zur Folge, daß innerstaatliche asylrechtliche Regelungen dringend getroffen werden müssen, die sich nicht einfach anlehnen an das bundesdeutsche Ausländerrecht, was gerade eine Ausgrenzung und Abgrenzung gegenüber unseren östlichen Nachbarn zur Folge haben würde. Gleichstellung von In- und Ausländern in unserem Land sollte ein ganz besonders wichtiges Anliegen unserer Demokratie sein. Dazu gehört u. a. das kommunale Wahlrecht, das bei uns Recht ist, nach dem bundesdeutschen Recht dann aber entfallen würde.

Die Situation der rumänischen Bürger oder anderer Bürger aus Südosteuropa ist hier bereits angesprochen worden. Ich kann dazu sagen, daß die Versorgung zur Zeit mit Hilfe des Deutschen Roten Kreuzes der DDR und der Bundesrepublik aufgenommen worden ist. Die Armee - das möchte ich ausdrücklich sagen - hat sich sehr kooperativ gezeigt und Objekte zur Verfügung gestellt. Wir sind jetzt in Verhandlungen über langfristige Lösungen, die unserer Meinung nach unbedingt notwendig sind; denn auch im Blick auf die vor uns liegende Entwicklung, in der mit Sicherheit mehr hilfsbedürftige und zufluchtuchende ausländische Bürger zu uns kommen werden, müssen da grundsätzliche Lösungen geschaffen werden.

Es sind Gespräche für den Aufbau grundsätzlicher Strukturen im Gange, um staatliche, caritative und gemeinnützige Aktionen miteinander zu verbinden. Ich denke, hier sind besondere Aufgabenstellungen auch an die Kirchen, an gemeinnützige Einrichtungen, wie Arbeiterwohlfahrt oder unter Umständen auch die Volkssolidarität, heranzutragen.

Es ist - auch dieses möchte ich an dieser Stelle gerne einmal sagen - erfreulich zu beobachten, daß Hilfsaufrufe des Roten Kreuzes und der Kirchen eine große Welle von Hilfsbereitschaft in unserem Land ausgelöst haben. Auch das sollte einmal gesagt werden: Es gibt nicht nur ausländerfeindliche Aktionen, sondern auch solche Dinge, daß viele Menschen sehr bereitwillig zur Verfügung stehen und helfen wollen.

(Beifall)

Ich denke, das Ganze zeigt, daß wir im Augenblick eine ganz wichtige Situation haben, um klarstellen zu können, daß die Deutsche Demokratische Republik die Altlasten einer verfehlten und abgrenzenden Ausländerpolitik des alten Regimes nicht auf Kosten der Schwächsten der Gesellschaft, nämlich der Ausländer, beseitigt. Und ich meine, auch das sollte dazu führen, daß wir ausländerrechtliche Regelungen nicht danach entscheiden, wie sie von ausländerfeindlichen Tendenzen etwa gefordert werden. Wir dürfen also unsere Entscheidungen nicht schon vorher von den Befürchtungen abhängig machen, daß eventuell mehr Ausländer auch mehr Ausländerfeindlichkeit bringen könnten, sondern müssen im Gegenteil alles dafür tun, um ein Zusammenleben zwischen Deutschen und Ausländern zu fördern und die Chancen dieses Zusammenlebens, wie es in der Regierungserklärung auch zum Ausdruck gekommen ist, als Chancen für eine Bereicherung unserer Kultur ansehen. - Vielen Dank.

(Beifall)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Danke schön. - Als nächstes spricht für die Fraktion der PDS der Abgeordnete Jürgen Leskien.

Leskien für die Fraktion der PDS:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist gut, sich ab und zu zu erinnern. Am 23. Dezember des vergangenen Jahres hatten wir einen regnerischen Tag. Wir standen am Brandenburger Tor, neugierig, was da Schlag 14 Uhr geschehen wird. In nassen Schuhen standen wir und mit unklarer und nun schon schwacher Hoffnung und müde auch von den Demonstrationen der vergangenen Monate. Vor mir, den Kopf des Bauwerkes fast verdeckend, ein Transparent. „Helmut“ - stand dort - „her mit unseren 727 Milliarden - Bonn schuldet jedem DDR-Bürger 45 000 D-Mark“.

(Zwischenruf)

Ja, das ist richtig, das ist das Problem der Reparationen. Zu meiner Linken ein Tuch „Ihr jubelt und in Rumänien blutet das Volk“. Und nun - nun sind sie da, die rumänischen Bauern, Fabrikarbeiter, kleine Händler, mit ihnen Romas und Sintis und Familien aus der fernen Türkei. 3 000 sollen es sein. Sie hofften auf ein festes Haus und fanden einen Bauplatz, an dessen Rande die Architekten über die Konstruktion des neuen Fundamentes streiten und Abrißschutt noch auf dem Wege liegt. Aber beherzte Leute nahmen sich der ungebetenen Gäste an. Diesen Bürgern sei von dieser Stelle aus ausdrücklich gedankt, und stellvertretend für viele erlaube ich mir, Frau Staatssekretär Almut Berger und Frau Anetta Kahane, Berliner Ausländerbeauftragte beim Magistrat, zu nennen.

Das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Staats[^] Zugehörigkeit, verschiedener Nationalitäten und Nationen hat auch in unserem Lande seine Geschichte. 190 000 Frauen und Männer anderer Kulturkreise teilen sich mit uns zwischen Elbe und Oder Arbeit und Brot.

In der Zeit des Vietnamkrieges kamen die ersten und andere schon lange vor dem afrikanischen Jahr. Viele wurden gesundgepflegt, tausende erlernten einen Beruf, und noch heute studieren nicht wenige an unseren Hochschulen. Aber nach und nach verkam der Gedanke des gegenseitigen Beistands. Ausländer hier im Lande wurden in den letzten Jahren vor allen Dingen zu Positionen in Arbeitskräftebilanzen. Mogambiquaner strichen im Schlachthof die Därme aus, Frauen aus Vietnam nähten ohne Murren in 3 Schichten Hemden, farbige Studenten aus Leipzig wurden übers Wochenende an Betriebe vermittelt, um z. B. Graugußgehäuse zu putzen - eine Arbeit, für die sich kein DDR-Bürger erwärmen konnte. Unterkunft in Massenquartieren mit den entsprechenden sozialen Begleiterscheinungen, dazu Männer und Frauen gleicher Nation fast immer an verschiedenen Orten. Das alles verstärkte Unwissenheit und Vorurteile auf beiden Seiten. Die sprachlichen Barrieren wurden nur mühsam überwunden. Kulturelle Traditionen wurden[«] selten als Bereicherung empfunden. Andere soziale Gewohnheiten^{_____} erweckten unter den genannten Bedingungen eher Unbehagen als Neugier, und das oft vorhandene Bildungsgefälle tat das übrige.

Wir hatten Arbeitskräfte gerufen, und zu unserer Überraschung waren lebendige Menschen gekommen. Ein auf diese Weise abstrakt begriffener Internationalismus konnte nicht erreichen, daß ein ausländischer Mitbürger als Normalität angesehen wurde, und so ist es durchaus erklärbar, warum ein kleiner Ort von 2 600 Einwohnern aufschreckt, wenn er ohne sein Zutun, wie dieser Tage geschehen, nun plötzlich zu 309 und zwar ausländischen Bürgern kommen soll.

Verehrte Abgeordnete! Es geht um eine grundsätzlich veränderte Ausländerpolitik, die den Interessen des Landes, seiner Bürger und der ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger Rechnung trägt, um eine Politik, die sich an der Regierungserklärung orientiert, in der es u. a. heißt:

„Auch das friedliche Zusammenleben von Deutschen und Ausländern in unserem Lande kann ein Beitrag zu einer neuen Qualität des Miteinanders verschiedener Völker sein.“

Für die ausländischen Mitbürger ist eine klare Rechtslage zu schaffen, die mit völkerrechtlichen Konventionen, den KSZE-